

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder – Was tun ?

Dokumentation

Interdisziplinäre Fachtagung
20. November 2000
Kardinal-Döpfner-Haus, Freising

Veranstalter:
Runder Tisch „Gewalt gegen Frauen“ Freising

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
• Tagungsprogramm	3
• Fachreferat: „Ein Bericht aus der Praxis“ von Frau Elisabeth Miller, Frauenhaus Freising	4
• Fachreferat: „Recht gegen häusliche Gewalt – vom Papiertiger zur effektiven Intervention“ von Frau PD Dr. Susanne Baer, Berlin	11
• Arbeitsforum 1 Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Prävention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts Moderation: Frau Heike v. Malottki, Frau Waltraud Heinlein-Zischgl	20
• Arbeitsforum 2 Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Inter- vention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts a) Die Situation der Opfer b) Der Umgang mit den Tätern Moderation: Frau Cony Lohmeier, Herr Tobias Pausch	21
• Arbeitsforum 3 Sensibilisierung der Gesellschaft für die Situation der Opfer von häus- licher Gewalt Moderation: Herr Hartmut Dihm, Frau Dr. Wiebke Steffen	22
• Arbeitsforum 4 Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über familienunterstützende Maßnahmen bei häuslicher Gewalt Moderation: Frau Irmgard Eichelmann, Frau Bernadette Mai	24
• Arbeitsforum 5 Effektivierung des Opferschutzes: Genügt der Aktionsplan der Bundes- regierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen? a) Handlungsmöglichkeiten im sozialen Nahbereich b) Gesetzesinitiativen zur Erweiterung polizeilicher präventiver Befugnisse nach dem Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG) Moderation: Frau Dr. Susanne Baer, Herr Egon Schädle	25
• Entwurf Art. 16a PAG - Diskussionsgrundlage	27
• Zusammenfassung	28
• AnsprechpartnerInnen/Adressen	29

Tagungsprogramm

- 9.00 Uhr** Begrüssung Herr Landrat Manfred Pointner
Frau Gisela Landesberger,
Gleichstellungsbeauftragte LRA Freising
- Fachreferat: Ein Bericht aus der Praxis Frau Elisabeth Miller,
Frauenhaus Freising
- Fachreferat: Recht gegen häusliche Gewalt - vom Papiertiger zur effektiven Intervention Frau PD Dr. Susanne Baer, Berlin
- Diskussion
- Vorstellung der Arbeitsforen
- 12.15 Uhr** Mittagspause
- 13.15 Uhr** Arbeitsforen
- 1) Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Prävention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts
 - 2) Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Intervention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts
 - a) Die Situation der Opfer
 - b) Der Umgang mit den Tätern
 - 3) Sensibilisierung der Gesellschaft für die Situation der Opfer von häuslicher Gewalt
 - 4) Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über familienunterstützende Maßnahmen bei häuslicher Gewalt
 - 5) Effektivierung des Opferschutzes: Genügt der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen?
 - a) Handlungsmöglichkeiten im sozialen Nahbereich
 - b) Gesetzesinitiativen zur Erweiterung polizeilicher präventiver Befugnisse nach dem Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG)
- 14.30 Uhr** Nachmittagskaffee mit Kuchen (Speisesaal)
- 16.00 Uhr** Schlußplenum Moderation: Frau Cony Lohmeier,
Gleichstellungsbeauftragte München
- 17.00 Uhr** Ende der Fachtagung anschließend Pressekonferenz

Bericht aus der Praxis

von Elisabeth Miller, Frauenhaus Freising

Ich freue mich, heute anlässlich unserer Fachtagung zu Ihnen sprechen zu können. Es ist mir wichtig, aus der Sicht unserer Erfahrung im Frauenhaus, also von ganz realen Ereignissen, zu reden. Es ist quasi die Innenansicht der Realität von Gewalt, im Gegensatz zur Ansicht von außen.

Weltweit nimmt Gewalt gegen Frauen und Kinder zu. Das hob Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, auf einer Sonderkonferenz der UN-Generalversammlung zur Durchsetzung gleicher Rechte für Frauen im Juni 2000, hervor. Frauen sind nicht sicher vor Gewalt, sei es in der Intimität einer Beziehung, in Kriegen und auch nicht in der Familie. Die Familie als Ort der Liebe und Fürsorge existiert nicht für alle Frauen und Kinder.

Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt durch einen Mann, als sexuelle, körperliche, seelische, ökonomische oder soziale Gewalt. Frauen können nicht selbstverständlich darauf vertrauen, dass sie sofort und unmißverständlich vor der Gewalt des Mannes geschützt werden. Unser Grundgesetz schützt in Artikel 6 die Familie explizit. Indem es an diesem Ort keine unmittelbaren Zeugen für Gewalttaten gibt, liefert er die Opfer von Gewalt aber auch aus. Die mißhandelte Frau ist gezwungen, ihre Verletzungen durch Dritte interpretieren zu lassen.

Meistens sind das Arzt, Krankenhaus oder Polizei. Blutergüsse und blaue Flecken sind beredte Zeugen. Allzu oft aber werden diese sichtbaren Male am Körper von Frauen immer noch als Ungeschicklichkeit, Stolpern, Sturz von der Treppe usw. erklärt. Auch von den Opfern selbst, die die Wahrheit aus Scham verbergen.

Gewalt wird vom Mann gegenüber der Frau eingesetzt als Mittel zur Durchsetzung seiner Wünsche. Hierbei handelt es sich keineswegs um Streit, wie manche glauben machen möchten. Streiten ist eine Auseinandersetzung zwischen ungefähr gleich Starken. Gibt es ungleiche Machtverhältnisse, z.B. körperliche Überlegenheit, Verfügung über Geld usw. besteht die Gefahr, dass der Stärkere das benutzt, um sich durchzusetzen. Macht über die Frau und Kontrolle über ihr Tun sind die Grundlage, auf der Männer sich im Recht fühlen.

Aus Eifersucht und Besitzdenken heraus, nach dem Motto – mein Haus – mein Auto – meine Frau – glaubt ein Mann, über Frau und Kinder bestimmen zu können. Er glaubt genau zu wissen, was gut und richtig ist und setzt Schläge als Erziehungsmittel ein.

Mißhandlung von Frauen wird auch eingesetzt als Kompensation eigener Schwächen. Durch persönliche Unfähigkeit versuchen manche Männer, im privaten Bereich Macht zu demonstrieren. Ihre Schwäche vertuschen sie mit Gewalt. Körperliche Gewalt geht fast immer einher mit Drohungen und Psychoterror.

All dies zusammen bewirkt, dass es für betroffene Frauen schwer und oft gefährlich ist, sich zu befreien. Frauen selbst verharmlosen lange Zeit Gewalttaten oder versuchen sie zu vertuschen. Sie geben sich die Schuld am Nichtfunktionieren der Bezie-

hung und versuchen alles, um den Frieden zu wahren oder wiederherzustellen. Frauen hoffen lange, dass der Mann sich ändert. Erst wenn das Ausmaß der Gewalt nicht mehr zu ertragen ist, wenden sich Frauen nach außen um Hilfe. Oft trennt sich eine Frau erst, wenn der Mann auch die Kinder mißhandelt.

Seit über 20 Jahren gibt es für Frauen und Kinder Frauenhäuser, in denen sie Schutz vor der Gewalt ihres Mannes finden. In Deutschland flüchten jedes Jahr 40 000 Frauen mit ihren Kindern in ein Frauenhaus. In Deutschland gibt es etwa 400 Frauenhäuser. Eines davon steht in Freising. Von der Arbeit in diesem Frauenhaus handelt dieser Bericht.

Unser Haus bietet Platz für fünf Frauen und ihre Kinder. Sie finden hier Unterkunft und Schutz und größtmögliche Anonymität. Während des Aufenthaltes versuchen sie mit Unterstützung und Beratung durch Mitarbeiterinnen die erlebte Gewalt aufzuarbeiten. Pro Jahr wohnen zwischen 25 und 35 Frauen mit und ohne Kinder im Frauenhaus. Weit mehr Frauen als wir aufnehmen können, fragen um Aufnahme nach. Wir versuchen, für sie einen Platz in einem anderen Frauenhaus oder eine andere Unterbringungsmöglichkeit zu finden. Letztes Jahr mußten wir 175 Frauen wegen Platzmangel an andere Frauenhäuser verweisen. Dieses Jahr haben wir bereits 117 Frauen weiter vermittelt.

Was erwartet eine Frau im Frauenhaus?

Im Frauenhaus wird sichtbar, dass Gewalt Frauen in allen Schichten und allen Kulturen betrifft. Sie ist an keine Altersgrenze gebunden. Eine junge schwangere Frau, die mit Tritten in den Bauch traktiert wurde, trifft auf eine ältere Frau, die mit Schnittverletzungen im Gesicht aus dem Krankenhaus in das Frauenhaus kommt.

Dazu kommen Frauen mit Kindern in allen Altersstufen. Allen gemeinsam ist, dass sie von ihrem Ehemann oder Partner mißhandelt, bedroht und nicht geachtet wurden. Neben der körperlichen Mißhandlung beschreiben Frauen die Demütigung, Mißachtung und Geringschätzung ihrer Person als extrem belastend und unerträglich. Im Frauenhaus erleben Frauen manchmal zum erstenmal, dass nicht allein nur sie von Gewalt betroffen sind, sondern dass es eine kollektive Erfahrung von Frauen in unserer Gesellschaft ist. Diese Erfahrung ist für sie sehr wichtig. Zum ersten Mal haben sie die Möglichkeit, offen über ihre Leidensgeschichte zu reden und auf Hilfe zu hoffen.

Ich möchte heute von Frauen berichten, die in den letzten fünf Jahren, von 1995 bis jetzt im Frauenhaus gewohnt haben. Dazu habe ich alle Aufnahmeprotokolle ausgewertet, also das was Frauen als allererstes von sich erzählen, wenn sie in das Frauenhaus kommen. Es geht mir hierbei nicht um boulevardmäßige Zurschaustellung von Gewaltopfern, es geht tatsächlich um die Realität, wie sie für Frauen besteht. Indem der Blick auf ihre Lebenswirklichkeit geworfen wird, sind sie nicht länger unsichtbar und hoffentlich unseres Mitgefühls sicher. Denn das ist notwendig, das Mitgefühl für Opfer und darüber hinaus die klare Äußerung, dass Gewalt Unrecht ist.

Für 158 Frauen und 195 Kinder wurde von 1995 bis zum heutigen Tag das Frauenhaus zur Zuflucht vor der Gewalt des Ehemannes, des Lebensgefährten, des Freundes und nicht zuletzt des Vaters.

Jede Frau kommt mit körperlichen und seelischen Verletzungen zu uns. Die Verletzungen entstanden durch Schläge, durch Verbrühen, durch Stiche mit Nadeln und Kugelschreiber, durch Schnitte mit zerbrochenen Flaschen und Messer, durch Verät-

zungen mit Säure, Verbrennungen mit Zigaretten, Haarausreißen, Knochen- und Rippenbrüche durch Stoßen, Fesselung mittels Kabel und mehr. Dazu kam in allen Fällen seelische Grausamkeit in Form von Demütigung, Nichtbeachtung und Herabsetzung der Person. Nicht alle Frauen haben dasselbe erlebt, aber für viele Frauen waren die voraus geschilderten Taten noch nicht genug.

Für 31 % der Frauen kamen Freiheitsberaubung und Kontaktverbot hinzu, das heißt, sie wurden vollkommen kontrolliert. Sie bekamen kein Geld und durften nicht einkaufen, mit den Kindern nicht auf den Spielplatz gehen, keinen Kontakt zur Familie oder Freundinnen haben oder nicht die deutsche Sprache lernen. Frauen durften ihre Babys nicht stillen, eine Frau wurde tagsüber in einer Abstellkammer eingesperrt, eine andere durfte nicht auf die Toilette gehen. Eine Frau mußte ihre eigenen Exkrememente essen. Zur Kontrolle ließen sich die Männer einiges einfallen. Entweder sie sperrten die Wohnung ab oder sie kontrollierten die Anwesenheit durch regelmäßige Telefonanrufe. In vielen Fällen übernehmen die Kontrolle bei Abwesenheit des Mannes auch andere Familienangehörige.

Wir sehen, ein Drittel aller Frauen waren durch Einschüchterung oder Drohungen so gefügig gemacht worden, dass ihr Heim zum Gefängnis wurde.

Für zwei Drittel aller Frauen, nämlich 66 % nahm die Gewalt lebensbedrohliche Ausmaße an. Ihr Leben wurde bedroht durch Würgen, mit Waffen – Gewehr, Pistole oder Gaspistole.

Der Mann hielt ihnen ein Messer an die Kehle oder versuchte, sie mit einem Kissen zu ersticken. Einige Frauen gaben an, dass der Mann versucht hatte, sie vom Balkon zu stoßen.

8 % aller Frauen gaben an, vergewaltigt worden zu sein. 14 % der Frauen waren schwanger, als sie zu uns kamen. Einige hatten früher schon Fehlgeburten erlitten.

17 % der Frauen zeigten den Mann an. In wie vielen Fällen es zu einem Strafverfahren kam, ist nicht eindeutig zu sagen, weil die Verfahren sich so lange hinzogen, dass die Frauen nicht mehr im Frauenhaus wohnten und wir keine Kenntnis mehr bekamen.

23 % der in diesem Zeitraum bei uns aufgenommenen Kinder erlebte direkte Gewalt durch den Vater. Sie wurden selbst geschlagen, mißbraucht, eingesperrt oder bekamen nichts zu essen. Der Vater brachte ihre Haustiere um oder zerstörte ihre Spielsachen. In einem Fall hielt der Vater zwei seiner Kinder an den Füßen aus dem Fenster und drohte, sie fallenzulassen. Für ein Fünftel aller Kinder war das Leben Zuhause ein Martyrium.

Das war es nicht nur für diese Kinder. Wir glauben, dass jedes einzelne Kind die Gewalt Zuhause als jeweils eigene Bedrohung erlebt. Kinder müssen nicht direkter Gewalt ausgesetzt sein, um die Atmosphäre als gewalttätig und bedrohlich zu erleben. Als Familienmitglieder mit noch weniger eigener Kraft und Durchsetzungsvermögen als die mißhandelte Mutter befinden sie sich in einer permanenten Ausnahmesituation. Sie reagieren darauf mit Rückzug, Nichtäußernkönnen von eigenen Bedürfnissen, Krankheit und Vereinsamung.

Professor Barbara Kavemann vergleicht das Erleben von Kindern, die zusehen müssen, wie der Vater die Mutter schlägt, mit dem Erleben von Folteropfern. Es ist eine

Methode von Folter, Angehörige bei der Mißhandlung zusehen zu lassen. Kinder sind also nicht Zeugen der Gewalt gegen die Mutter, sie sind ebenfalls Opfer.

Wir beobachten ein sowohl sich abkapselndes als auch aggressives Verhalten. Viele Kinder zeigen ein weit über ihr Alter hinausgehendes verantwortliches Verhalten. Sie kümmern sich um Geschwister, um alltägliche Dinge im Haushalt und oft auch um die verletzte Mutter.

Jedes Kind, das von der Gewalt in der Familie durch Zusehen oder Selbsterleben betroffen ist, wird um ein Stück seiner Kindheit gebracht. Das darf die Gesellschaft nicht zulassen.

52 % der Frauen gingen wieder zurück, die andere Hälfte baute sich nach dem Frauenhausaufenthalt ein eigenes Leben auf.

Wir werden oft gefragt, warum Frauen die Gewalt so lange ertragen, warum sie so wenig Anzeige erstatten und warum relativ viele Frauen die Anzeige wieder zurückziehen. Das hat mehrere Gründe. Die Erfahrung nach der Trennung zeigt einer Frau sehr schnell, dass die Macht des Mannes weit in Gesellschaft und Institutionen reicht. Es gibt keine Zeugen, die Frau spürt ihre Machtlosigkeit und hat nicht den langen Atem, auf eine Verhandlung zu warten. In der Zwischenzeit ist sie großem Druck ausgesetzt.

Frauen haben nach wie vor die gesellschaftliche Aufgabe für das emotionale Gelingen von Beziehung und Familie. Gewalt entsteht ja nicht sofort wie ein plötzliches Ereignis. Es ist eine schleichende Entwicklung. Erst sind es verbale Attacken, später Ohrfeigen und mehr.

Frauen spüren sehr wohl die Veränderung im Verhalten des Mannes. Sie hoffen jedoch, durch Nachgeben Frieden zu schaffen. Sie versuchen alles recht zu machen, um den Mann gut zu stimmen.

Wenn die Gewalt nicht mehr zu verheimlichen ist, nicht mehr vor sich selbst, nicht mehr vor den Kindern, Freunden und Verwandten, machen viele Frauen die Erfahrung, dass Gewalt nicht gesehen werden will, und dass sie heruntergespielt wird. Selbst in der eigenen Familie haben Frauen nicht den Rückhalt, den sie in dieser Situation bräuchten. Nachbarn und Freunde möchten sich nicht einmischen. Oft glauben sie auch zu Recht, dass sie dann selbst zur Zielscheibe der Gewalt des Mannes würden. Die Flucht in ein Frauenhaus ist für viele buchstäblich Rettung in letzter Minute.

Im Frauenhaus sind Frauen vor dem Mann weitgehend geschützt. Die Anonymität der Adresse gibt gerade in der ersten Zeit Sicherheit. Leider sind in den ersten Tagen bereits behördliche Dinge notwendig. Wenn eine Frau kein eigenes Einkommen hat – und das hat sie nicht, wenn sie Kinder versorgt – muß sie zum Sozialamt gehen. Die Beantragung von Hilfe hat nicht selten den Charakter eines Spießrutenlaufes. Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen stellen ihre notwendigen Fragen oft nicht mit der Rücksicht, die die Würde ihres Gegenübers wahrt.

Das Unterhaltsvorschußgesetz verlangt sofortige Antragstellung und leitet den Anspruch auf den Vater der Kinder über. Wenn nicht über Amtshilfe beim Herkunftsort der Antrag gestellt werden kann, erfährt der Mann den Aufenthaltsort seiner Frau und Kinder. Was vom Gesetz gut gemeint und sicher richtig ist, wird zum Bumerang für Frauen.

Eine weitere Gefahr für die Frau besteht durch Mobiltelefone. Über die Nummer kann der Mann ständig anrufen und Botschaften senden. Sicher, die Frau kann es abschalten, aber dann ist auch der Vorteil des mobil telefonierens nicht mehr gegeben. Oft benutzen Frauen ihr Mobiltelefon, um im Bedarfsfall Hilfe rufen zu können.

Weiß nun der Mann Bescheid über den Aufenthaltsort von Frau und Kindern, kann er von neuem beginnen, Einfluß auszuüben. Wir unterscheiden dabei verschiedene Phasen. In Phase eins kommt er mit Entschuldigungen, weinerlichem Verhalten: „Ich kann ohne dich nicht leben, verzeih mir“ und mit allen möglichen Versprechungen. Es ist buchstäblich wieder eine werbende Zeit mit roten Rosen. Da versöhnen sich Frauen mit ihren Männern, weil sie gern glauben möchten, was er verspricht. Manchmal hält der Mann ja auch seine Versprechungen ein und geht z.B. zur Sucht- oder Paarberatung.

In Phase zwei spricht der Mann erneute Drohungen aus. Er will die Kinder wegnehmen, er droht mit Mord oder Selbstmord.

In der dritten Phase macht er seine Drohungen wahr. Er stellt z. B. eine Gegenanzeige. Er macht falsche Anschuldigungen bei Gericht und Jugendamt. Er lauert der Frau auf, vor dem Frauenhaus oder in der Stadt. Die Frau ist wieder nicht sicher. Sie erfährt ein weiteres Mal, dass es keinen Ort gibt, an dem der Mann sie in Ruhe läßt. Diese Zeit der erneuten Bedrohung ist zermürend und viele Frauen halten sie nicht aus.

Über die gemeinsamen Kinder versuchen Männer, Kontakt aufzunehmen. Das gelingt in jedem Fall, denn nach dem Gesetz hat ein Vater nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht auf Umgang mit dem Kind. Das Umgangsrecht mit Kindern schaut nur oft so aus, dass hauptsächlich Beschimpfungen an die Frau gerichtet und die Kinder ein weiteres mal verängstigt werden. Bei Jugendamt und vor dem Familiengericht zeigen sich Männer kooperativ, als besorgte Väter und beschuldigen höchstens die Mutter, ihre Kinder nicht adäquat zu versorgen.

Wenn eine Frau auf ihre Gewaltgeschichte hinweist, und dass das doch auch die Kinder betrifft, bekommt sie bestenfalls kein Gehör und schlimmstenfalls wird ihr Manipulation unterstellt. Die Frage nach der Gewalt, die zur Flucht in das Frauenhaus und zur Trennung geführt hat, spielt so gut wie keine Rolle mehr.

Frauen wollen ihre Kinder in den seltensten Fällen gegen den Vater beeinflussen, sie wollen sie vielmehr beschützen vor weiterer Eskalation.

Es gibt gute Ansätze wie z.B. das geschützte Umgangsrecht, wie dem Kindeswohl gerecht getan werden kann und die Eltern sich nicht begegnen müssen. Geschütztes Umgangsrecht muß jedoch so gestaltet sein, dass sich Mutter und Kinder wirklich geschützt fühlen. Wenn Gespräche mit dem jeweiligen Elternteil geführt werden müssen, sind die Personen getrennt einzuladen. Es kommt jedoch vor, dass eine Frau eine Einladung zum gemeinsamen Gespräch im Jugendamt erhält. Der Schreck ist groß, dieser Einladung folgen und dem Mann erneut begegnen zu müssen.

Vor Gerichtsverhandlungen werden Ängste riesengroß. Wenn schon das Jugendamt die erlebte Gewalt als nicht relevant einstuft, wie wird erst der Richter, die Richterin entscheiden? Wir erleben Frauen, die ihren Alltag mit den Kindern sonst vorbildlich meistern, hier als sehr eingeschüchtert. Wenn dann ein Gericht zuungunsten der Mutter entscheidet, geht der Glaube an Gerechtigkeit im Leben vollends verloren.

In einem Fall entschied eine Richterin, dass der Vater oder eine Verwandte das Frauenhaus besichtigen darf, damit er sieht, wie seine Kinder untergebracht sind, wenn sie zu Besuch bei der Mutter sind.

Dass der Vater seine Kinder, die bei ihm leben, sonst die ganze Woche nicht sieht und sie von Verwandten betreut werden, spielt keine Rolle. Die Anonymität des Frauenhauses ist ebenfalls nicht wichtig.

Eine Richterin verlangte, dass die Frau eine muttersprachliche Beratung zusammen mit dem Mann, vor dem sie geflohen war, macht.

Nichterfüllen wird als unkooperativ und Verweigerung ausgelegt. Sofort ist bei der Frau der Gedanke da, wenn ich nicht alles erfülle, verliere ich die Kinder.

Nach dem Frauenhausaufenthalt, wenn es eine Frau sozusagen geschafft hat, hört für viele von ihnen die Gewalt nicht auf. Der Mann weiß von der neuen Adresse und lauert ihr auf. Er bedroht sie persönlich und über das Telefon. Nirgends ist sie wirklich sicher, denn sie weiß nicht, ob er seine Drohungen wahr macht oder nicht. Aus den Medien erfahren wir Tag für Tag, wie „todernst“ im wirklichen Wortsinn es Männer meinen. Kontaktverbote sind wichtig, aber wir müssen auch wissen, dass sie nicht alle Männer abhalten. Androhung von Geldstrafe und Gefängnis greifen hier nicht.

Gibt es überhaupt einen Ausweg?

Wir glauben, dass es wichtig ist, einen Perspektivenwechsel im Umgang mit Männergewalt vorzunehmen. Die Verantwortung für die Ausübung von Gewalt muß der Täter, nicht das Opfer übernehmen. Das betrifft die ganze Gesellschaft, aber vor allem staatliche Institutionen.

Bestehende Gesetze sollen so weit als möglich ausgeschöpft und neue Gesetze so gestaltet werden, dass sie den Opfern von männlicher Gewalt Schutz gewährleisten und Täter mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen.

Im Kindschaftsrecht muß es möglich sein, das Umgangsrecht mit dem Gewalttäter auszusetzen und die elterliche Sorge auf die Mutter zu übertragen.

Ausländische Frauen müssen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen, damit sie nicht aus Angst vor Abschiebung beim Mißhandler bleiben müssen.

Schutz, Unterkunft und Anonymität für misshandelte Frauen und ihre Kinder sind solange zu gewährleisten, bis eine geeignete Lebensperspektive gefunden ist.

Kinder brauchen ebenso wie misshandelte Frauen Hilfe und Unterstützung. Sie sind die nachfolgende Generation und es darf keine Anstrengung zuviel sein, um sie konfliktfähig und stark ohne Gewalt werden zu lassen.

In der Süddeutschen Zeitung vom 8. Juni 2000 sprang mir eine Schlagzeile ins Gesicht: „Britische Jungs: Frauen schlagen ist okay“. Es wurde von einer englischen Studie berichtet, nach der „rund 75 % aller elf- und zwölfjährigen Jungen in Großbritannien es für akzeptabel halten, aus Ärger eine Frau zu schlagen. Auch häusliche Gewalt wird von wesentlich mehr Jungen als Mädchen zwischen acht und 16 Jahren entschuldigt“. Allerdings wünschen sich auch 52 % der jüngeren und 82 % der älteren

ren Schüler das Thema im Unterricht. Das ist wichtig, dass bereits in der Schule darüber gesprochen wird.

Zum Schluß möchte ich noch einmal daran erinnern, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder in der kleinsten Zelle des Staates, der Familie, beginnt. Jungen lernen von ihren Vätern sich mit Gewalt durchzusetzen und so setzt sich die Spirale der Gewalt fort. Dagegen müssen sichtbare Zeichen gesetzt werden.

Ich habe den Blick auf die Opfer von Gewalt, auf Frauen und Kinder gerichtet. Der Blick auf die Täter wird von vielen gefordert und es gibt hierbei viel zu tun. Ich möchte aber betonen, dass ein verständnisvoller, entschuldigender, verharmlosender Blick auf den Täter sein Opfer ein zweites Mal demütigt und verhöhnt. Das darf nicht sein.

Elisabeth Miller, Politologin

Mitbegründerin und Leiterin des Frauenhauses Freising

Seit 15 Jahren in der Anti-Gewalt-Arbeit tätig

Recht gegen häusliche Gewalt - vom Papiertiger zur effektiven Intervention¹

Susanne Baer, Berlin²

Gewalt gegen Frauen ist in den eigenen vier Wänden, dem Zuhause, dem Heim erschreckend oft erschreckender Alltag. Die eben nicht wirklich "eigenen" vier Wände entpuppen sich für allzu viele als Ort der Gefährdung, des Leidens, der Verzweiflung, der Isolation, der Abhängigkeit. Die Gewalt, die diese Situationen bedingt, ist nicht das Schicksal der betroffenen Familien.³ Vielmehr lassen sich Mittel und Wege benennen, die zwar keine schnellen Patentlösungen bieten - dafür ist das Problem zu komplex.⁴ Aber es gibt doch Auswege für die Opfer häuslicher Gewalt. Die Bausteine dafür seien kurz benannt:

* Es bedarf der Einrichtungen und Angebote, die Frauen gerade in der schwierigen und lebensbedrohlichen Phase der Lösung aus einer Gewaltbeziehung unterstützen und schützen, und es bedarf der Angebote an Männer, gewaltfrei zu leben.⁵ In Schulen sollte Prävention auch deshalb gross geschrieben werden, weil Kinder Gewalt von Eltern lernen, Gewalt erfahren und selbst dann Gewalt ausüben oder erleiden lernen.

* Es bedarf eines Perspektivenwechsels, um in Zukunft nicht mehr Opfern die Schuld zuzuweisen und die Folgen aufzubürgen, sondern Täter entschieden zur Verantwortung zu ziehen.

* Es bedarf der Gerichte, die das Umgangs- und Sorgerecht so zusprechen, dass der Schutz der Kinder und der Frauen vor Gewalt gesichert wird.

¹ Dies ist das um Fussnoten ergänzte Manuskript zum Vortrag zur Fachtagung Gewalt gegen Frauen - was tun?, Freising, am 20. November 2000. Ich danke insbesondere Frau Landesberger für die engagierte und spannende Fachtagung.

² Die Autorin lehrt als Privatdozentin für Öffentliches Recht an der Humboldt Universität zu Berlin, betreut dort auch das Projekt Feministische Rechtswissenschaft, war Mitinitiatorin des Modellprojekts BIG gegen häusliche Gewalt und leitet Fortbildungen zum Thema. Kontakt über susannebaer@gmx.de.

³ Vgl die exzellente Studie mit dem entsprechenden Titel: Schweikert, Birgit: Gewalt ist kein Schicksal, 2000. S.a. Dokumentation zum Fachkongreß „Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft - Probleme und Handlungsmöglichkeiten für Polizei und Justiz“, Bonn, BMSFJ 1997; Schall, Gero/Schirmmacher, Gesa: Gewalt gegen Frauen und Möglichkeiten staatlicher Intervention, Osnabrück 1995

⁴ Brandau, Heidrun u.a. : Wege aus Mißhandlungsbeziehungen. Unterstützung für Frauen und ihre Kindern vor und nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus. Pfaffenweiler 1991; Hagemann-White, Carol: Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis. Bestandsanalyse und Perspektiven. Pfaffenweiler 1992. Paritätische Wohlfahrtsverband, der (Hg.): Gewalt ohne Ende - welche Perspektiven gibt es aus feministischer Sicht? Dokumentation der Fachtagung vom 23.11.1994. Obertshausen.1995. Heiliger, Anita/Steffi Hofmann: Aktiv gegen Männergewalt. Kampagnen und Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen international, München 1998.

⁵ Zum Zusammenhang zwischen Geschlechterrollen und Gewalt s. Heiliger, Anita/Engelfried, Constance: Sexuelle Gewalt. Männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft. Frankfurt/M. 1995.

* Es bedarf im Umgang mit Migrantinnen einer sachgerechten Anwendung des Ausländerrechts, wonach der Aufenthalt eines Opfers nicht dadurch gefährdet sein darf, dass es den Staat um Schutz vor Gewalt bittet.

* Es bedarf überhaupt einer juristischen Praxis aller Recht gegen Gewalt umsetzenden Institutionen, aller das Recht anwendenden Akteure, aller Richterinnen und Richter, aller Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, aller Polizistinnen und Polizisten, die

** Frauen und Kinder schnell und effektiv vor Gewalt schützt,

** den Täter zur Verantwortung zieht,

** zu einem Klima der Ächtung häuslicher Gewalt beiträgt.

Geht das? Sind wir auf diesem Weg? Hilft der Rechtsstaat gegen Gewalt? Sind wir bereit, willens und gerüstet, ernsthaft gegen häusliche Gewalt im privaten Raum einzuschreiten? Die Mittel sind vorhanden⁶ - allein der Wille und die Kompetenz fehlen noch zu oft. In der Folge finden sie daher eine Skizze der rechtlichen Grundlagen, auf die wir uns stützen können, um gegen Gewalt effektiv, opfergerecht und täterorientiert zu intervenieren. Darauf aufbauend lässt sich zeigen, wie sich in kooperativer Zusammenarbeit erreichen lässt, dass langsam aber sicher wirklich alle Akteure gemeinsam, mit dem gemeinsamen Ziel, gegen häusliche Gewalt entschieden vorzugehen, arbeiten können.⁷ Erst solche Bemühungen lassen Recht auf dem Papier auch zu Recht im Leben, zu Schutz durch Recht im Alltag werden. Vielleicht ergeben sich daraus Anregungen für die Arbeit gegen Gewalt.

Rechtliche Grundlagen

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es Verfassungen - das Grundgesetz und die der Länder -, die Frauen Gleichberechtigung versichern. Es gibt zahlreiche Gesetze, die Diskriminierung auch in Form der sexuellen Gewalt verbieten.

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist auf dem Papier als Körperverletzung, (sexuelle) Nötigung oder Vergewaltigung strafbar. Nach einem Beschluß der Justizministerkonferenz von 1994 sind die Staatsanwaltschaften gehalten, entsprechende Anzeigen zu verfolgen und nicht auf den Privatklageweg zu verweisen, da im Regelfall das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung gegeben sei. Dem wird häufig nicht gefolgt. Die Situation kann sich allerdings durch die Einrichtung von Spezial- oder Son-

⁶ Informationen bei Baer, Susanne/Schweikert, Birgit: Jetzt erst Recht: Rechte für mißhandelte Frauen - Konsequenzen für die Täter, BIG 1996.

⁷ Vgl. Brandau, Heidrun/Ronge, Karin: Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Alte Ziele - neue Wege. BIG, Berlin 1996.

derdezernaten für die Strafverfolgung verbessern - erste Erfolge in dieser Richtung sind in Berlin erzielt worden.

Strafrecht bietet die Möglichkeit, den Täter zu "bestrafen". Die Eindeutigkeit der Sanktion spricht dann für sich; eine Alternative bietet die eindeutige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe, die dann zur Bewährung ausgesetzt und diese mit einer Auflage verbunden wird, ein Training zu absolvieren. Und wohlgemerkt: die Möglichkeit besteht, nur die Trainings müssen als ernsthafte Reaktion auf Gewalt entwickelt und angeboten werden.

Wichtig ist auch, dass im deutschen Recht das Strafrecht weitgehend auch der Massstab auch für den polizeilichen Einsatz ist. Strafrecht erlaubt dabei Zwangsmaßnahmen schon beim ersten Notruf, wenn der Verdacht auf eine ausreichend schwere Tat vorliegt - und das ist bei sachgerechter Einschätzung meist der Fall. Insofern ist es auf der Grundlage des geltenden Rechts möglich, einen Täter sofort aus Wohnung oder Haus zu entfernen, eventuell sogar über einen Zeitraum festzuhalten, der der Frau die Chance gibt, sich zu orientieren, oder dem Täter die Rückkehr in die Wohnung zu verbieten.

Das Risiko des Strafverfahrens liegt in der Entmündigung der Opfer. Sie werden nicht selten zum Objekt des Verfahrens. Immer noch erzählen manche von Bagatellisierungen der Gewalt durch Beamte, die rechtswidrig die Aufnahme einer Anzeige verweigern, oder von Bagatellisierungen durch Einstellungsverfügungen der Staatsanwaltschaft, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass Misshandlungen vorliegen, oder Bagatellisierungen durch einen Freispruch, der als Freibrief für Täter empfunden wird. Aber das ist nicht unbedingt die Regel. Und hier setzen auch die Bemühungen an, etwas zu verbessern, auf die ich am Schluss eingehen will.

Lassen Sie mich vorher auf weitere rechtliche Möglichkeiten eingehen, gegen Gewalt zu intervenieren. Schutz gewährt Recht auf dem Papier auch im Zivilrecht.⁸ Allerdings wird Zivilrecht gegen Diskriminierung in Deutschland bislang kaum genutzt. Häusliche Gewalt verletzt aber schon jetzt Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches, die Ansprüche auf Unterlassen und Schadensersatz gewähren - §§ 823, 1004 BGB. Wer jemanden verletzt, kann dazu verurteilt werden, das zu lassen und den entstandenen Schaden zu ersetzen. Dies würde das Gewaltschutzgesetz durch einen besonderen Paragraphen betonen und klarstellen. Gerichte können schon jetzt auch im Eilverfahren umfangreiche Schutzanordnungen treffen; verbessert werden

müßten die Möglichkeiten, diese dann auch ohne ein zweites gerichtliches Verfahren durchzusetzen

Daneben gibt es für Eheleute auch die Möglichkeit des Wohnungszuweisungsverfahrens und der Benutzungsregelungen für gemeinsame Wohnungen nach der HausratsVO und § 1361 b BGB. Liegt eine "schwere Härte" vor, kann eine Frau beispielsweise eine Wohnung zur eigenen Nutzung erhalten. Oft erweist es sich als schwierig, eine „schwere Härte“ nachzuweisen und Gerichte zu einer sachgerechten Abwägung zu bringen.⁹ Das ist wieder eine Frage der Sensibilisierung und der richtigen Umsetzung des Rechts. Zu oft wird das Ausmaß häuslicher Gewalt verkannt, inadäquat abgewogen und angesichts des Wohnungsmarktes der Frau zugunsten des Mannes ein Schutz verweigert. Bei Gefährdung des Kindeswohls, was bei häuslicher Gewalt in aller Regel auch gegeben ist, sind Gerichte da wesentlich offener. Hier hat die Arbeit der Anti-Gewalt-Bewegungen Erfolge gezeitigt.

Das Problem des Nachweises besonderer Härten und der Konfrontation mit Vorurteilen und Bagatellisierungen stellt sich auch für misshandelte Migrantinnen. Migrantinnen sind nach § 19 AuslG nur vor Abschiebung geschützt, wenn sie schon gewisse Zeit mit einem Deutschen verheiratet sind und die Abschiebung eine schwere Härte bedeuten würde. Nicht alle Gerichte setzen durch, dass Recht Menschen unabhängig von Religion und Kultur zu einem gewaltfreien Umgang miteinander verpflichtet. Die These, "bei uns" sei das üblich, Frauen zu schlagen, ist eine Schutzbehauptung, die ja auch gern benutzt wird, wenn polizeiliche Einsätze in ärmeren und sozial unterprivilegierten Familien erfolgen. Empirisch mag Diskriminierung üblich sein - rechtlich ist sie jedenfalls verboten.

Recht nur auf dem Papier?

Theoretisch gibt es für mißhandelte Frauen also die Möglichkeit, vor Gerichten Schutz zu erlangen; praktisch geschieht dies noch zu selten. Warum?

Eine Rolle spielt in jedem Rechtsgebiet, dass die Alltäglichkeit und der geschlechtsspezifische Charakter häuslicher Gewalt beweisrechtlich nicht berücksichtigt werden; realistisch wäre es, das Wissen um die Dynamik, Formen und Folgen häuslicher Gewalt in eine Vermutungsregel einfließen zu lassen, wonach im Regelfall eine a-

⁸ Garbe, Roland: Zivilrechtlicher Schutz vor häuslicher Gewalt, 1 Familie Partnerschaft Recht 11/1995, 271-276.

⁹ S. Ehinger, Uta/Rasch, Ingeborg: Wohnungszuweisung durch einstweilige Anordnung - ein Beispiel, 1 Familie Partnerschaft Recht 11/1995, 276-277; Steininger, Brigitte: Wohnungszuweisungen aus Richtersicht, 1 Familie Partnerschaft Recht 11/1995, S. 277-278; ferner Dokumentation der öffentlichen Anhörung zur vorläufigen Zuweisung der Ehwohnung an mißhandelte Frauen und ihre Kinder am 28.11.1991 in Berlin. Hg. v. d. Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin 1992.

kute Gefährdung von Frau und Kindern vorliegt. Realistisch wäre es auch, wenn Staatsanwälte oder Richter nicht mehr auf blaue Augen und möglichst extreme körperlich sichtbare Wunden warten würden, sondern auf die gezielte Gewalt an Stellen, die ohne weiteres nicht sichtbar sind, ebenso achten würden wie auf die zahlreichen Indizien, die das Vorliegen häuslicher Gewalt beweisen können. Dazu gehören eingetretene Türen und umgestossene Möbel ebenso wie deutliche Zeichen völliger Isolierung und Abhängigkeit einer Frau, dazu gehört der Kampfsport und der Waffenbesitz ebenso wie das Bemühen um den Eindruck völliger Normalität. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte sehen zu oft als zweiseitigen "Familienstreitigkeit"¹⁰, was einseitige Gewalt ist. Sie verweisen entsprechend nicht selten auf Einigung, wo Täter zur Verantwortung gezogen werden müssen. Die Folge: Nur 30 % der Fälle, die der Polizei bekannt werden, werden überhaupt aufgenommen und ermittelt; 84 % werden von der Staatsanwaltschaft dann wieder eingestellt¹¹.

Vorurteile, Mythen und Unkenntnis führen zu dieser Rechtlosigkeit. Sie gibt es nicht nur auf institutioneller Seite, sondern überall. Wir sind auch mit dem Problem konfrontiert, dass aufgrund des komplexen Zusammenwirkens von Internalisierung und Zwang Frauen selbst formal vorhandene Rechte gegen Gewalt selten und dann oft nicht konsequent in Anspruch nehmen, weil sie sich selbst Schuld zuweisen, weil sie nicht auf Unterstützung vertrauen und weil sie schlicht Angst haben, ein Täter werde seine Drohungen wahr machen. Interventionsmodelle, die offensiv mit Recht arbeiten, wollen die Probleme deshalb auch auf beiden Seiten der rechtlichen Medaille abbauen:

- * Zum einen gilt es, Frauen in der Inanspruchnahme ihrer Rechte zu stärken.
- * Zum anderen müssen Institutionen in die für sie rechtlich fixierte Pflicht genommen werden, Recht auch umzusetzen. Dazu dient Aufklärung, Fort- und Weiterbildung und die ständige Aufmerksamkeit dafür, Intervention zu verbessern.

Kooperative Zusammenarbeit

Damit bin ich beim Stichwort der kooperativen Zusammenarbeit. Geltendes Recht bietet reichlich Möglichkeiten, gegen Gewalt zu intervenieren. Intervention braucht ebenso wie die Verabschiedung eines Gewaltschutzgesetzes, das die Bundesregie-

¹⁰ Vgl. die Kriminalstatistik in Polizeidirektion Hannover: Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter PPS - Jahresbericht 1993, Hannover 1994, S. 5.

¹¹ Vgl. m. Nachweisen bei Schall/Schirmmayer, aaO. S.a. Steffen, Wiebke/Polz, Siegfried: Familienstreitigkeiten und Polizei - Befunde und Vorschläge zur polizeilichen Reaktion auf Konflikte im sozialen Nahraum. München 1991.

rung zur Verbesserung der Lage im Entwurf vorgelegt hat, und ebenso wie die Verbesserung von Polizeirecht und Polizeipraxis¹², für die Länder zuständig sind, eines eindeutigen politischen und gesellschaftlichen Willens, diese Gewalt nicht mehr zu tolerieren.

Kooperation und Vernetzung gegen Gewalt, die zur Herstellung dieses Willens dienen, funktionieren eben nicht ohne weiteres. Viele haben da ihre eigenen Erfahrungen gesammelt, und solche Erfahrungen werden in zahlreichen Kommunen der Republik gemacht. Aber ebenso zahlreich wie die Enttäuschungen sind die Erfolge, ein gemeinsames Verständnis des Problems der Gewalt gegen Frauen und Kinder zu entwickeln. Sie beruhen auf einem geteilten Verständnis des Problems. Ohne diese inhaltliche Übereinstimmung, ohne angemessenes Verständnis des Problems kann nicht effektiv zusammengearbeitet werden. Deshalb steht das Problem als solches am Anfang.

- * Häusliche Gewalt ist kein Einzelfall. Dass Frauen nicht "einfach gehen", ist ein Erfolg dieser Gewalt.

- * Für Gewalt gibt es keine Entschuldigung; Täter sind in jedem Fall zur Verantwortung zu ziehen.

- * Eindeutige Intervention gegen Gewalt kann Opfer schützen. Viele Opfer haben begründet Angst, diese Intervention zu unterstützen. Das darf nicht dazu führen, von Intervention abzusehen, sondern erfordert ganz im Gegenteil umso stärkere Bemühungen auf der Seite des Rechts.

Eine weitere entscheidende und immer wieder herzustellende Voraussetzung für die kooperative Arbeit gegen Gewalt ist die Bereitschaft aller Beteiligten, mit den jeweils anderen Akteuren zusammen zu arbeiten. Wo diese Bereitschaft fehlt, sind der Kooperation Grenzen gesetzt, denn sie beruht prinzipiell auf Freiwilligkeit. Aus den Erfahrungen, die in den letzten Jahren in Kooperationsprojekten im In- und Ausland gesammelt wurden¹³, lässt sich lernen. Es gibt einige Faktoren, die zum Gelingen kooperativer Intervention beitragen.

- * Ein Faktor ist die Installierung einer neutralen Koordinierungsstelle. Im Berliner Modellprojekt BIG war dies ein Koordinatorinnen-Team; auch heute arbeitet die Inter-

¹² Vgl. als Beispiel Marth, Dörte: Verhaltenstraining der Polizei für Fälle der Gewalt gegen Frauen, 1 Familie-Partnerschaft-Recht 11/1995, 292.

¹³ Baer, Susanne/Schweikert, Birgit: Intervention gegen häusliche Gewalt in den USA und Australien: "Community Response" und gerichtliche Anordnungen, 1 Familie - Partnerschaft - Recht 11 (1995) 278-284. Zu England Hanmer, Jalna/ Radford, Jill/ Stanko, Elizabeth A. (eds.), Improving Policing for Women: The Way Forward, 1989.

ventionszentrale mit Menschen unterschiedlicher Qualifikation, um alle Fragen beantworten und alle Akteure ansprechen zu können. Die Koordination kann nicht einfach von irgendwem mit übernommen werden. Da gibt es immer Vorurteile, Ressentiments, schlechte Erfahrungen und Animositäten. Und die behindern die Zusammenarbeit. Eine neutrale Stelle kann dagegen Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung klären, Respekt für die Arbeit aller Beteiligten fördern, Vorurteile abbauen und auf die sachgerechte Verteilung von Ressourcen hinarbeiten.

Eine neutrale Koordinierungsstelle muß das Vertrauen aller Beteiligten genießen bzw. gewinnen, ist selbst aber nur dem Ziel der Kooperation - Intervention zum Schutz von Frauen und Kindern - verpflichtet. Sie sollte „zwischen“ Projekten und Privatpersonen und den Institutionen angesiedelt sein, um das Machtungleichgewicht zwischen den Akteuren etwas ausgleichen zu können.

- * Ein weiterer Faktor guter Zusammenarbeit ist es, nicht im eigenen Stil, sondern prozeß- und konsensorientiert zu arbeiten; auch dafür sorgt eine unabhängige Stelle.

- * Weiter trägt zum Gelingen bei, wenn solche Projekte nicht nur von einer Geschlechterfragen zuständigen Verwaltung oder Beauftragten getragen oder finanziert werden. Es sollten möglichst früh andere - ohnehin zuständige - aus den Bereichen Justiz und Inneres finanzieren und mit koordinieren. Da gibt es oft Widerstände oder "andere Prioritäten". In diesen Fällen, in hierarchisch strukturierten Institutionen, besteht die nicht notwendig kontraproduktive Möglichkeit, ein Kooperationsminimum anzuordnen. Verwaltungen können ihre Leute sozusagen zu den Projekten schicken. Das gilt auch für die Staatsanwaltschaft, aber nicht für die Justiz: hier müssen Menschen langwieriger überzeugt werden, dass häusliche Gewalt ein ernstes und schwieriges Problem ist, dass ihre Aufmerksamkeit fordert. Die Erfahrung von BIG zeigt, dass viele Staatsanwälte und -anwältinnen, Richterinnen und Richter großes Interesse an der Effektivierung der Arbeit gegen Gewalt haben, wenn sie - im Gespräch mit anderen Akteuren - gut informiert worden sind.

- * Bei allen Kooperationsakteuren können auch Anreize die Kooperationsbereitschaft, auch Kontinuität und Verbindlichkeit fördern. Innerhalb der Institutionen sollte versucht werden, Einzelne zumindest zeitweise für diese Aufgaben freizustellen; die Projekte benötigen entsprechende Zuweisungen und verstärkt Bildungsangebote, die ihnen ermöglichen, Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Intervention besser einzuschätzen. Wo Arbeitsbelastung Kooperation behindert, kann höheres Engagement im Hinblick auf den beruflichen Aufstieg honoriert werden.

Perspektive

Kooperation fällt also nicht leicht, aber sie bietet Chancen, der Gewalt effektiver als bisher entgegenzutreten. In Österreich stellen viele Frauen aufgrund der guten Beratung durch Unterstützungsstellen und aufgrund der Erfahrung mit sensibleren Institutionen heute Anträge auf Zuweisung der Wohnung und Wegweisung des Mißhandlers. In Deutschland würde eine Gesetzesänderung diese Möglichkeit, sich selbst gegen Gewalt zu wehren, fördern. Zu diesen Perspektiven möchte ich nun abschliessend noch etwas sagen.

* Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gewaltschutzgesetzes vorgelegt. Es verbessert die schon bestehende Möglichkeit, schnellen und effektiven Schutz vor Zivilgerichten zu bekommen. Es etabliert - ähnlich wie in Österreich - auch die Möglichkeit des Zusammenwirkens von Polizei und Strafrecht mit den Zivilgerichten. Das ist zu begrüßen - aber trifft auf Widerstand in den Ländern. Es liegt an jeder und jedem Einzelnen, für so viel Information zu sorgen, dass die Notwendigkeit besseren Rechts anerkannt wird.

* Im Strafverfahren gibt es Rechtsgrundlagen für alles, was sich als sinnvolle Intervention erwiesen hat. Von den Haftgründen bis zur Bewährungsaufgabe ist effektive Intervention möglich. Erschreckend ist allerdings die Beobachtung, dass die Einstellungen eines Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft eher Regel als Ausnahme sind, was das polizeiliche Engagement in diesem Bereich frustriert. Hier ist die Diskussion mit denen gefragt, die das Recht sachgemäss anwenden müssen. Bislang gestaltet sich der Versuch, Gerichte und Staatsanwaltschaften zu häuslicher Gewalt kompetent weiter zu bilden, eher schwierig. Daher muss in Zukunft ein grosser Teil der Anstrengung darauf verwendet werden, diese Akteure des Rechts von der Notwendigkeit - und von der Rechtsstaatlichkeit - effektiver Intervention zu überzeugen.¹⁴

* Im Polizeirecht gibt es schliesslich Rechtsgrundlagen zum Einschreiten bei Gefahr. Der Platzverweis wird in aller Regel, die Gewahrsamnahme sehr häufig die verhältnismässige Reaktion darstellen. In Berlin hat das kooperative Zusammenwirken bei BIG erreicht, dass die Polizei nach einheitlichen Checklisten arbeitet und die Beam-

¹⁴ Vgl. das amerikanische Fortbildungsprogramm Carter, Janet/ Candace Heisler/ Nancy K.D. Lemon: Domestic Violence: The Crucial Role of the Judge in Criminal Court Cases: A National Model for Judicial Education 1991 (San Francisco, 1991)(National Judicial Education on Family Violence (NJEDV) Project).

tinnen und Beamten systematisch für das Problem sensibilisiert werden.¹⁵ Die Einsätze verbessern sich, die Opfer fühlen sich eher geschützt und gestärkt, und die Zufriedenheit der Beamtinnen und Beamten mit ihrer Arbeit wächst.

Schon heute ist es also möglich, Frauen und Kinder vor häuslicher Gewalt effektiver zu schützen. Änderungen im Zivilrecht und Klarstellungen im Polizeirecht würden die Lage weiter verbessern. Entscheidend dafür, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Menschenwürde und die Gleichberechtigung keine Papiertiger bleiben, ist jedenfalls das Zusammenwirken all derer, die schützen wollen und für die der Schutz vor Gewalt zu ihrer Aufgabe gehört. Erst wenn das funktioniert, funktioniert auch der Rechtsstaat.

¹⁵ Diese Checklisten für den Einsatz sind bei der Berliner Polizei erhältlich. Unterlagen für die Fortbildung finden sich bei Frehsee, Detlev/Marth, Dörte (1991): Fortbildung für Polizeidienststellen im Bereich Gewalt gegen Frauen. Forschungsprojekt im Auftrag des BMJFG. Bielefeld, der allen polizeilichen Dienststellen über die Landesministerien bzw. -präsidien zur Verfügung steht.

Forum 1:

Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Prävention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts

Moderation: Frau Heike von Malottki, Frau Waltraud Heinlein-Zischgl

I. Bisherige Umsetzung

1. Polizei nimmt Opfer geschützt aus der Wohnung mit (sie kommt im Frauenhaus oder bei Freundinnen unter)
2. Platzverweis, Art. 16 PAG
Ist nur für wenige Stunden möglich, setzt eine gegenwärtige erhebliche Gefahr voraus. Diese ist für die Polizisten vor Ort oft nicht mehr feststellbar, weil bei Eintreffen der Polizei bereits eine Deeskalation stattgefunden hat, die Beteiligten widersprüchlich aussagen und das Opfer häufig kein Interesse mehr am Einschreiten hat (aus Angst).
3. Gewahrsam, Art. 17 PAG
Festhalten des Täters bis zum Ablauf des nächsten Tages möglich. In der Praxis wird er aber zumeist schon morgens entlassen. Voraussetzung ist die unmittelbar bevorstehende Begehung einer Straftat von erheblicher Bedeutung.

II. Verbesserungsmöglichkeiten nach geltendem Recht

1. Sensibilisierung, Ausbildung und spezielle Schulung der Polizistinnen und Polizisten.
2. Berichte an das Jugend- und Ausländeramt auch wenn keine Anzeige aufgenommen wird.
3. Einsatz-Schlagwort von "Familienstreit" in "Häusliche Gewalt" ändern.
4. Detaillierte Checkliste für den Einsatz erstellen.
5. Getrennte Befragung muß Standard werden.
6. Schwerpunktsachbearbeitung bei der Polizei einführen.
7. Opfer soll umfassend beraten werden und an Hilfe leistende Organisationen vermittelt werden (Faltblätter und Notfallkärtchen können beim Einsatz verteilt werden).
8. Tätern soll Beratungsmöglichkeiten aufgezeigt werden (PropShop, Caritas, AA, Gespräch mit Schwerpunktsachbearbeiterin/-bearbeiter).
9. Immer Strafanzeige machen, auch wenn das Opfer keinen Strafantrag stellt. Der Staatsanwalt kann dann das besondere öffentliche Interesse bejahen.
10. Delikte im sozialen Nahbereich im sog. beschleunigten Verfahren verfolgen oder das Opfer frühzeitig richterlich vernehmen, damit eine verwertbare Aussage gegeben ist.

Heike v. Malottki, Rechtsanwältin

Forum 2:

Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten der Intervention gegen häusliche Gewalt im Rahmen des geltenden Rechts

a) Die Situation der Opfer

b) Der Umgang mit den Tätern

Moderation: Frau Cony Lohmeier, Herr Tobias Pausch

Zu a) Interventionsmöglichkeiten für das Opfer: Entlastung/Sicherheit/Schutz

- Aufrechterhalten der Anzeige/Aussage
 - Hinterfragung der Motive auf Druck des Täters
 - Polizeilicher Vermerk „unter Druck“
 - Ansprechperson bei Polizei
 - Unterstützung/Info durch das gesamte Hilfesystem
- Protokollieren früherer Vorfälle (Gutachten, ärztl. Atteste, Polizeieinsätze, Jugendamt)
- Schwerpunktsachbearbeitung bei Staatsanwaltschaft und Polizei
- Information für betroffene Frauen über
 - Verfahren
 - Atteste, Dokumentation
 - Beratung
- Weitervermittlung der Frau an weitergehende Beratung/Betreuung (Interventionsstelle)
- Öffentliche Strafverfolgung vor allem in der „1.Phase“
(Entlastung der Frau von Verantwortung für das Verfahren)

Zu b) Inverantwortungnahme der Täter

- Bewährungsaufgaben, Weisungen
- Training gegen Gewalt; nur unter Bedingungen durchführbar
- Weisungen, Auflagen unter Zusammenwirken mit den Familien
- Protokollierung der eigenen Beobachtungen und Eindrücke durch polizeiliches Personal (spätere mittelbare Zeugenschaft)

*Tobias Pausch, Staatsanwalt
Staatsanwaltschaft Landshut*

Forum 3:

Sensibilisierung der Gesellschaft für die Situation der Opfer von häuslicher Gewalt

Moderation: Herr Hartmut Dihm, Frau Dr. Wibke Steffen

Impulsreferat Dr. Steffen:

2 kriminologische Untersuchungen der Forschungsgruppe des LKA (1986 und 1991):

- Häusliche Gewalt bedeutet weit überwiegend Gewalt von Männern an Frauen
- Im Polizeibereich ist in der Folge der Untersuchungen ein deutlicher Bewußtseinswandel eingetreten, nicht aber bei der Justiz wahrnehmbar: Die hohe Einstellungsquote besteht nach wie vor; das Passauer Modell hat keine Langzeitwirkung
- Es fehlt eine klare Definition der „häuslichen Gewalt“
- Die Präsenz in den Medien ist nicht der Sensibilisierung förderlich, die reißerische Präsentation eher hinderlich
- Bisher zu wenig beachtet: Gewalt kann Spaß machen! Gewalt ist Ausdruck der „Sprachlosigkeit“

Ihre Vorschläge für die Sensibilisierung der Gesellschaft:

- Baden-Württemberg hat einen „Präventionspreis 2000“ für Projekte gegen Gewalt im sozialen Nahbereich ausgelobt
- In Schweden wird schon seit Jahren der Gesetzestext zur Ächtung der Gewalt auf Milchtüten aufgedruckt
- Der Aktionsplan der Bundesregierung; die EU-Konferenzen von 1998 und 1999 zum Thema Gewalt an Frauen
- Aufklärungskampagnen, offene Fachtagungen
- Vernetzung der Helferorganisationen
- Evaluationen und Dokumentationen (z.B. von Frauenhäusern)
- Gewalt darf nicht mehr „cool“ sein – das muss in den Schulen thematisiert werden

Schwerpunkt der Diskussion: Präventionsarbeit

- Sensibilisierung für die Sprachverharmlosung (insbesondere der Medien): z.B. „häusliche Gewalt“ statt „Familienstreitigkeit“ oder „blutige Familientragödie“
- Auflösung der Tabuisierung des Unrechts häuslicher Gewalt, der sozialen Ächtung der Opfer (nach wie vor groß!)
- Beispiel Agenda 21: Politiker auffordern, sich des Themas anzunehmen, z.B. Bayer. Staatsregierung im Rahmen des verdoppelten Budgets für Öffentlichkeitsarbeit
- Thematisierung in Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen
 - ✓ in Lehrpläne aufnehmen
 - ✓ Projektarbeit mit Fachkräften von außen
 - ✓ Langzeitwirkung herstellen
 - ✓ Rückbesinnung auf Erziehungsauftrag der Schule
 - ✓ Mediations- und Streitschlichtungsprogramme für Schüler und Lehrer
 - ✓ Schulsozialarbeit ausdehnen auf Gewaltthema

- Thematisierung in verbandlicher und offener Jugendarbeit (wichtige Vorbild-Träger!)
- Thematisierung in der Erwachsenenbildung
- Dokumentationen erstellen, Schaffung eines Zentralregisters für Gewalttaten
- Vernetzung in zentralen Institutionen
- Förderung der Solidarisierung von Männern gegen Gewalt, Aufbau von Selbsthilfegruppen für Männer
- Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern, Partner
- Sensibilisierung für unterschiedliche Bestrafung von männlichen und weiblichen Tätern von Tötungsdelikten

Beispiele für gelungene Projekte:

- Gymnasium Garching: Projekt Soziales Lernen für Mädchen und Jungen – 3 Vormittage und Elternarbeit
- (ähnlich angedacht auch vom Zentrum der Familie in Freising und Erding)
- Zentrale Informationsstelle „sexuelle Gewalt“ an der Kath. Stiftungsfachhochschule in Benediktbeuren (Forschungsprojekt des Sozialministeriums)

Hartmut Dihm, Richter
Amtsgericht Freising

Forum 4:

Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch über familienunterstützende Maßnahmen bei häuslicher Gewalt

Moderation: Frau Irmgard Eichelmann, Frau Bernadette Mai

Es wurden die ambulanten Hilfen in der Familie vorgestellt: Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH), Familienunterstützende Maßnahmen (FUM), Familienaktivierungsmanagement (FAM) - hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit jeweils in der gesamten Familie. Erziehungsbeistandschaft und Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung (ISE) – der Focus liegt hier beim Kind/Jugendlichen.

Konsens bestand darüber, dass alle Hilfen in der Familie nur greifen können

- in Familien mit eigenen Ressourcen und Willen aller Familienmitglieder zur Veränderung
- in Familien in denen keine akute Gefährdung besteht
- in Familien nach Auseinanderbrechen um eine Neuorientierung zu erleichtern

Die Hilfen in der Familie können keine Garantie geben, dass es nicht zu erneuten Eskalationen kommt. Bei den Angeboten von Hilfen in Familien wird davon ausgegangen, dass Gewalt nicht immer nur in brutalster Form vorkommt, sondern in seinen geringeren Ausformungen ebenso belastend und zerstörend auf Familien und Kinder wirkt.

Anregungen der Gruppe :

- Beteiligung des Sozialdienstes des Gesundheitsamtes am „Runden Tisch „Gewalt gegen Frauen“, da hier in der Arbeit mit Suchtmittelabhängigen und psychisch Kranken viele Berührungspunkte bestehen
- Information über Aufgaben und Arbeitsweise des Jugendamtes:
 - Öffentlichkeitsarbeit um Negativbild in der Bevölkerung zu revidieren
 - über Internet Aufklärung über Hilfsmöglichkeiten und ihren Zugang in Schulen
 - im Rahmen der Ausbildung in Helferberufen sollte Kontakt zu Ämtern und Einrichtungen stattfinden
 - Übernahme der Kosten von Familientherapie durch Krankenkasse/ Sozialhilfe/Jugendhilfe
- Männerberater einsetzen
- begleiteter/ betreuter Umgang sollte auch am Abend oder Wochenende möglich sein
- Vernetzung Polizei / Frauennotruf um Umgangsschwierigkeiten zu begegnen.

*Irmgard Eichelmann, Dipl.-Soz.Päd. (FH)
Amt für Jugend und Familie, LRA Freising*

Forum 5:

Effektivierung des Opferschutzes: Genügt der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen?

a) Handlungsmöglichkeiten im sozialen Nahbereich

b) Gesetzesinitiativen zur Erweiterung polizeilicher präventiver Befugnisse nach dem Bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG)

Moderation: Frau Dr. Susanne Baer, Herr Egon Schädle

Die im Forum 5 lebhaft diskutierenden Tagungsteilnehmer, unter denen sich der Großteil an Polizeibeamten befanden, beleuchteten zunächst die Möglichkeiten des Istzustandes.

Die polizeilichen Möglichkeiten liegen fast ausschließlich im PAG. Es kann vom Platzverweisungsrecht und von der Gewahrsamnahme des Betroffenen gebraucht gemacht werden. Beide Befugnisse wurden zwar als eine Möglichkeit des polizeilichen Handelns erkannt, eine insbesondere für die Opfer (Frauen und Kinder) befriedigende Lösung stellen sie aber nicht dar.

Bei der Platzverweisung, die nicht über einen längeren Zeitraum reicht, ist keineswegs ausgeschlossen, dass der Täter nach dem Wegfahren der Polizei zurückkehrt. Ähnliches gilt für die Gewahrsamnahme. Hier muß der Täter in aller Regel am Morgen nach der Tat wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

In beiden Fällen ist die Zeit für das Opfer zu kurz, um mit aller Überlegung und unter Mithilfe der Hilfseinrichtungen eine sinnvolle Entscheidung zu treffen.

Das Forum kam nach kurzer Diskussion zu dem Ergebnis, dass eine Erweiterung der polizeilichen Befugnisse ein großer Schritt nach vorne wäre, insbesondere, dass das Ziel, die Folgen der Tat dem Täter zu übertragen, hier verwirklicht wäre. Der Vorschlag eines "Artikel 16 a PAG" (siehe Diskussionsgrundlage im Anschluß) wurde mit Hilfe von Powerpointfolien vorgestellt. Die Einführung eines neuen "Gewaltschutzgesetzes" durch die Bundesregierung kann hilfreich sein, die entscheidende Polizeigesetzgebung liegt aber bei den Ländern.

Die "neue" Befugnis hätte den Vorteil, dass die Opfer in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, während der Täter diese verlassen muß. Gleichzeitig wurde deutlich von allen betont, dass sowohl Wegweisungsrecht, als auch Betretungsverbot mit einer deutlichen Sanktion belegt werden muß, um die Durchsetzung zu gewährleisten.

Gleichzeitig sollten bei Polizei und Staatsanwaltschaften schwerpunktmäßige Sachbearbeiter eingerichtet werden, wie dies bereits zum Teil geschehen ist. Dies würde

den Fortgang der eingeleiteten Strafverfahren erleichtern, die Arbeit der Polizei mit den Opfern verbessern.

Bei der Polizei sollten noch mehr Unterlagen über Hilfsangebote vorhanden sein. Gegebenenfalls könnte auch ein neues Schlagwort für solche Einsätze eingeführt werden. An Stelle des eher verharmlosenden "Streit oder Familienstreit" sollte "Häusliche Gewalt" gesetzt werden. Darüber hinaus könnte eine Verständigung der Hilfsstellen durch die Polizei routinemäßig erfolgen.

Behörden (auch Einwohnermeldeamt) sollten keinesfalls die Adressen der Aufenthaltsorte der Opfer herausgeben dürfen.

Letztlich war zusammenfassend zu sagen, dass zur Verbesserung der Situation der Opfer die geltenden Gesetze besser ausgenützt werden müssen und die Intervention über verstärkte Anstrengungen bei der Zusammenarbeit aller Behörden und Hilfseinrichtungen effizienter gestaltet werden müssen. Eine Erweiterung der polizeilichen Befugnisse würde die Situation der Opfer erheblich verbessern und die Aufgaben der Polizei zugunsten der Opfer erleichtern.

Egon Schädle

Stellvertretender Polizeidienststellenleiter PI Freising

Entwurf Art. 16a PAG

Wohnungsverweis und Rückkehrverbot bei Gewalt in Wohnungen

als Diskussionsgrundlage für Forum 5 erstellt von Heike von Malottki, Rechtsanwältin

- (1) Die Polizei kann eine Person, von der eine Gefahr ausgeht, aus der Wohnung und unmittelbaren Umgebung der gefährdeten Person verweisen, wenn dies auf Grund bestimmter Tatsachen - insbesondere wegen des Verdachts eines vorangegangenen tätlichen Angriffs - zum Schutz der gefährdeten Person gegen eine Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit erforderlich ist. Es kann sich dabei auch um den Inhaber der Wohnung handeln. Der räumliche Bereich des Verweises ist konkret zu bestimmen und bekanntzugeben.
- (2) Die Polizei kann ferner der Person die Rückkehr in den nach Abs. 1 bestimmten Bereich untersagen. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs (Art. 60 ff.) zur Durchsetzung dieses Rückkehrverbotes ist jedoch unzulässig. Bei einem Verbot, in die eigene Wohnung zurückzukehren, ist besonders auf die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (Art. 4) zu achten.
- (3) Die Polizei kann der Person alle in seinem Gewahrsam befindlichen Schlüssel zur Wohnung abnehmen. Sie hat ihr Gelegenheit zu geben, dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitzunehmen und sich darüber zu informieren, welche Möglichkeiten sie hat, unterzukommen.
- (4) Im Falle eines Rückkehrverbotes hat die Person der Polizei eine Adresse zu nennen, an die eine Aufhebung des Rückkehrverbotes oder eine einstweilige Verfügung nach § 940b ZPO zugestellt werden kann. Unterläßt er dies, erfolgt die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung; darauf ist hinzuweisen.
- (5) Die Polizei ist ferner verpflichtet, die gefährdete Person von der Möglichkeit einer einstweiligen Verfügung nach § 940b ZPO und über geeignete Opferschutzeinrichtungen zu informieren.
- (6) Das Rückkehrverbot endet mit Ablauf des zehnten Tages nach seiner Anordnung. Im Falle eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Verfügung nach § 940b ZPO endet es mit dem vom Gericht bekanntgegebenen Tag der Entscheidung, spätestens jedoch nach 14 Tagen.
- (7) Die Polizei hat spätestens nach Ablauf von drei Tagen zu überprüfen, ob die weggewiesene Person die Wohnung tatsächlich verlassen hat und auch nicht in anderer Form weiterhin Druck auf die zu schützende Person ausübt.

Zusammenfassung

Die Fachtagung "Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder - was tun?" hat gezeigt, dass in hohem Maße die Bereitschaft da ist interdisziplinär, effektiv, rasch und vorurteilsfrei zusammenzuarbeiten.

150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Freising und ganz Bayern aus den Bereichen Polizei, Justiz, sozialen Unterstützungseinrichtungen und Politik bewiesen dies in einem engagierten Austausch. In einer Atmosphäre großer Offenheit und gegenseitigen Anerkennung der Erfolge und Schwierigkeiten dieser komplexen Arbeit war allen der Wille gemeinsam, zum Schutz der Frauen und Kinder und zur rigorosen Belangung der Täter Verbesserungen zu erreichen. Dies soll sowohl durch die intensivere Ausschöpfung des geltenden Rechts passieren wie auch durch neue gesetzliche Initiativen.

Häusliche Gewalt muß von allen beteiligten Institutionen klar als Häusliche Gewalt (HG) benannt werden, dies beginnt schon beim Einsatzschlagwort der Polizei.

Der Referentenentwurf zum Gewaltschutzgesetz wurde von der Bundesregierung mittlerweile einstimmig beschlossen. Damit sind nun die Länder aufgefordert zu handeln, z.B. durch Änderungen im Polizeiaufgabengesetz. Gerichte, Polizei, Ämter und Institutionen sind in der Pflicht. Änderungen und Entscheidungen müssen in erster Linie den Schutz der Frauen und Kinder gewährleisten.

*Gisela Landesberger
Gleichstellungsbeauftragte*

Redaktion und Layout:

Gisela Landesberger und Maria Kaiser
Gleichstellungsstelle des Landratsamtes Freising

Freising, im Dezember 2000

AnsprechpartnerInnen/Adressen

Veranstalter:

Runder Tisch „Gewalt gegen Frauen“, Freising
Koordination durch:
Gisela Landesberger
Gleichstellungsbeauftragte
Landratsamt Freising
Landshuter Str. 31
85356 Freising
Tel. 08161/600-214
Email: Gisela.Landesberger@lra-fs.bayern.de

Referentinnen:

Elisabeth Miller
Frauenhaus Freising
Postfach 1338
85313 Freising

Dr. Susanne Baer
Email: susannebaer@gmx.de